


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 01.06.2022

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:07 Uhr
Ende:	22:02 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Aktuelle Stunde	
3.1.	9 EURO-ÖPNV-Ticket in Erfurt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0879/22
4.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
4.1.	9-Euro-Ticket ab Juni 2022 Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0880/22
4.2.	Besetzung Aufsichtsräte und Sparkassenzweckverband Einr.: Fraktion SPD	0915/22

4.3.	Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof" Einr.: Fraktion DIE LINKE; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	0951/22
4.3.1.	Antrag der Fraktionen SPD und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0951/22 -Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof"	0954/22
4.3.1.1.	Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 0954/22 -Antrag der Fraktionen SPD und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0951/22 -Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof"	0955/22
5.	Entscheidungsvorlagen	
5.1.	Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage Einr.: Fraktion CDU; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN	0562/20
5.1.1.	Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN zur Drucksache 0562/20 -Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage	0765/22
5.1.1.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0765/22 -Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0562/20 -Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage	0958/22
5.2.	Neue Kleingartenanlage für Erfurt Einr.: Fraktion AfD	1052/21
5.3.	Bebauungsplan GIK017 "Gebiet zwischen Nordhäuser Straße, Demminer Straße, Hannoversche Straße (B4) und Straße der Nationen" - 1.Änderung; Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	1426/21
5.4.	Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs im Bereich des Alperstedter Sees Einr.: Oberbürgermeister	1441/21

5.5.	Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung Einr.: Oberbürgermeister	2098/21
5.5.1.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg zur DS 2098/21 - Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung	0516/22
5.5.2.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Melchendorf zur DS 2098/21 - Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung	0607/22
5.6.	Satzungsbeschluss über die Anordnung der 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes JOP721 "Ortsteilzentrum Johannesplatz" - VS029 Einr.: Oberbürgermeister	2298/21
5.7.	Einfacher Bebauungsplan BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße"; Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	2426/21
5.8.	Etablierung einer Jugendstation in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Fraktion CDU	2448/21
5.8.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache - Etablierung einer Jugendstation in der Landeshauptstadt Erfurt	0449/22
5.9.	Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung zur Aufhebung des Bebauungsplanes LIA278 "Auf der Großen Mühle, Hinter den Wänden, Hinterm Gasthofe" Einr.: Oberbürgermeister	2455/21
5.10.	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) Einr.: Oberbürgermeister	0091/22
5.11.	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0092/22

5.12.	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurt Toursimus und Marketing GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0093/22
5.13.	Änderung zum laufenden Schulnetzplan ab dem Schul- jahr 2022/2023 Einr.: Oberbürgermeister	0152/22
5.14.	Satzungsbeschluss über die Anordnung der 1. Verlänge- rung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße" Einr.: Oberbürgermeister	0173/22
5.15.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT755 "Edith-Stein- Schule"- Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billi- gung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	0214/22
5.16.	Regelbauweisen zum barrierefreien Bauen - Ausgabe 2022 Einr.: Oberbürgermeister	0278/22
5.17.	Wahl eines Mitgliedes im Seniorenbeirat Einr.: Oberbürgermeister	0383/22
5.18.	Feststellung der Jahresrechnung 2020 Einr.: Oberbürgermeister	0401/22
5.19.	Entlastungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2020 Einr.: Oberbürgermeister	0402/22
5.20.	BIN031 "Büro- u. Gewerbepark" - 1. Änderung, Aufstel- lungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0497/22
5.21.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines Objektes in Mittelhausen Einr.: Oberbürgermeister	0498/22
5.22.	Ergebnisse des Verkehrsversuchs Clara-Zetkin-Straße Einr.: Oberbürgermeister	0511/22

5.22.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0511/22 - Ergebnisse des Verkehrsversuchs Clara-Zetkin-Straße	0949/22
5.22.2.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0511/22 - Ergebnisse des Verkehrsversuchs Clara-Zetkin-Straße	0956/22
5.23.	Erweiterung der Anspruchsvoraussetzungen des Erfurter Familienpasses Einr.: Oberbürgermeister	0512/22
5.24.	Erhöhung der Flächenanteile von Ökopflaster und wasserdurchlässigen Oberflächen bei Bauplanungen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	0575/22
5.25.	Moderiertes Gespräch zum Nettelbeckufer Einr.: Fraktion CDU; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN	0601/22
5.26.	Änderung Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2019 bis 2023 Einr.: Oberbürgermeister	0609/22
5.27.	Prüfauftrag - Erweiterung der Lagermöglichkeiten bzw. neuer Standort für den Verein Erfurter Tafel e.V. Einr.: Fraktion CDU	0615/22
5.28.	Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats Einr.: Fraktion AfD	0638/22
5.29.	Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates Einr.: Fraktion AfD	0639/22
5.30.	Onlinekampagne Zivilcourage und Antidiskriminierung Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	0653/22
5.31.	Mitglied Seniorenbeirat Fraktion Mehrwertstadt Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0758/22
5.32.	Entwicklung der Parkplatzkapazitäten im Gebiet der "Erfurter Seen" Einr.: Fraktion CDU; Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN	0786/22

- | | | |
|-------|---|----------------|
| 5.33. | Prüfauftrag - frühzeitige Bekanntmachung der Sperrung der Gutenbergstraße und Änderung der Umleitungen für diesen Bereich
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.;
Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN | 0787/22 |
| 5.34. | Abberufung und Berufung sachkundiger/-e Bürger/-in im Ausschuss für Bildung und Kultur
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN | 0795/22 |
| 5.35. | Unterstützung des offenen Briefs des Jugendhilfeausschusses an den Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport
Einr.: Jugendhilfeausschuss | 0844/22 |
| 6. | Informationen | |
| 6.1. | Wohnungsbedarfsprognose der Stadt Erfurt 2040
Einr.: Oberbürgermeister | 0158/22 |
| 6.2. | Zuständigkeitsverteilung Oberbürgermeister / Stadtrat
Einr.: Oberbürgermeister | 0602/22 |
| 6.3. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Andreas Bausewein, eröffnete die 29. Sitzung des Erfurter Stadtrates in der Wahlperiode 2019 – 2024 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Anschließend übergab er die Sitzungsleitung an Herrn Panse, Stadtratsvorsitzender.

Herr Panse erklärte, dass gemäß der Geschäftsordnung die Aufzeichnung der Stadtratsitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratsitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters erfolgt. Schriftlich lag kein Widerspruch gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten vor. Anschließend fragte er ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Redepult aus erfolgt, widerspricht. Dies war nicht der Fall, weswegen er mit dem Hinweis fortfuhr, dass die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß § 19 (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer ausliegt.

Es galt während der gesamten Stadtratsitzung das Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen, welches die Stadtratsmitglieder mit ihrer Einladung erhielten. Dies wies darauf hin, dass die Bestimmungen der hausordnenden Regelung zur Durchführung von Sitzungen der Ausschüsse und sonstigen Gremien des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt, die der Hauptausschuss am 26.04.2022 beschlossen hat und die auf dem Hinweisblatt, welches auch aushängt und ausliegt, benannt und zu beachtenden Maßnahmen galten.

Weiterhin stellte der Stadtratsvorsitzende fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte und zum Zeitpunkt der Eröffnung 37 Stadtratsmitglieder anwesend waren und der Stadtrat nach § 36 (1) ThürKO beschlussfähig war.

Zudem gratulierte er nachträglich den Mitgliedern des Stadtrates, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte über folgende Änderungen zur Tagesordnung:

Vertagt wurden die Tagesordnungspunkte:

TOP 5.16 – Drucksache 0278/22

Regelbauweisen zum barrierefreien Bauen - Ausgabe 2022

→ durch den Einreicher Oberbürgermeister

TOP 5.25 – Drucksache 0601/22

Moderiertes Gespräch zum Nettelbeckufer

→ durch die einreichenden Fraktion CDU; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

TOP 5.33, Drucksache 0787/22

Prüfauftrag - frühzeitige Bekanntmachung der Sperrung der Gutenbergstraße und Änderung der Umleitungen für diesen Bereich

→ durch die einreichenden Fraktion CDU; Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN vertagt sowie verwiesen in den SBUKV

Zusätzlich aufgenommen werden sollte:

4.2. - Drucksache 0915/22

Besetzung Aufsichtsräte und Sparkassenzweckverband

Einr.: Fraktion SPD

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen 37

Nein-- Stimmen 0

Enthaltungen 1

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung erfolgte somit.

Der Hauptausschuss hat nach § 4 Abs. 4 GeschO entschieden, folgende Drucksachen zur Vorberatung in den zuständigen Ausschuss zu verweisen:

TOP 4.1. - Drucksache 0880/22

9-Euro-Ticket ab Juni 2022

Einr.: Fraktion DIE LINKE.

→ **in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr**

TOP 4.3. – Drucksache 0951/22

Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof"

Einr.: Fraktion DIE LINKE.; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

→ **in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung**

Gemeinsam vorgezogen, vor einer Pause, sollten die Wahlen:

TOP 5.17 – Drucksache 0383/22

Wahl eines Mitgliedes im Seniorenbeirat

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.28 – Drucksache 0638/22

Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats

Einr.: Fraktion AfD

TOP 5.29 – Drucksache 0639/22
Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des Erfurter Stadtrates
Einr.: Fraktion AfD

TOP 5.31 – Drucksache 0758/22
Mitglied Seniorenbeirat Fraktion Mehrwertstadt
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Gemeinsam beraten, aber getrennt abgestimmt werden sollten:

TOP 5.1 – Drucksache 0562/20
Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

MIT

TOP 5.30 – Drucksache 0653/22
Onlinekampagne Zivilcourage und Antidiskriminierung
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Aufgrund einstimmiger Vorberatungsergebnisse bzw. Vereinbarung im Hauptausschuss wurden folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abgestimmt:

TOP 5.3 – Drucksache 1426/21
Bebauungsplan GIK017 "Gebiet zwischen Nordhäuser Straße, Demminer Straße, Hannoversche Straße (B4) und Straße der Nationen" - 1. Änderung; Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.4 – Drucksache 1441/21
Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs im Bereich des Alperstedter Sees
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.6 – Drucksache 2298/21
Satzungsbeschluss über die Anordnung der 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes JOP721 "Ortsteilzentrum Johannesplatz" - VS029
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.7 – Drucksache 2426/21
Einfacher Bebauungsplan BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße"; Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.9 – Drucksache 2455/21
Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung zur Aufhebung des Bebauungsplanes LIA278 "Auf der Großen Mühle, Hinter den Wänden, Hinterm Gasthofe"
Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.10 – Drucksache 0091/22

Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.12 – Drucksache 0093/22

Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurt Toursimus und Marketing GmbH

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.14 – Drucksache 0173/22

Satzungsbeschluss über die Anordnung der 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße"

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.20 – Drucksache 0497/22

BIN031 "Büro- u. Gewerbepark" - 1. Änderung, Aufstellungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.21 – Drucksache 0498/22

Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines Objektes in Mittelhausen

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.26 – Drucksache 0609/22

Änderung Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2019 bis 2023

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 5.34 – Drucksache 0795/22

Abberufung und Berufung sachkundiger/-e Bürger/-in im Ausschuss für Bildung und Kultur

Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht, weshalb Herr Panse über die soeben geänderte Tagesordnung abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen: 39

Nein Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Die Änderungen wurden somit bestätigt.

Abschließend unterbreitete er den Vorschlag eine Pause zwischen 18:30 Uhr und 18:45 Uhr, bzw. je nach Ablauf der Sitzung für 15 Minuten, durchzuführen. Gegen den Vorschlag gab es keine Einwände.

3. Aktuelle Stunde

3.1. 9 EURO-ÖPNV-Ticket in Erfurt Einr.: Fraktion DIE LINKE.

0879/22

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0879/22 – 9 EURO-ÖPNV-Ticket in Erfurt - vorlag.

Die Redezeit je Fraktion und Oberbürgermeister betrug 5:37 Minuten und für das fraktionslose Stadtratsmitglied 2 Minuten.

Die Fraktion DIE LINKE. hatte als Einreicher das erste Rederecht.

Es gab Wortmeldungen, teilweise mehrfach, von:

- Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.,
- Herrn Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU,
- Herrn Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN,
- Herrn Schlösser, Fraktion AfD,
- Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
- Herrn Kürth, Fraktion SPD,
- Herrn Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt,
- Herrn Pfistner, Fraktion CDU und
- Herrn Bausewein, Oberbürgermeister.

Frau Maurer erklärte zu Beginn ihrer Rede, dass sie enttäuscht über die Entscheidung sei, dass die gleichnamige dringliche Drucksache nicht zur Behandlung zugelassen wurde, bei welcher sie gerne über die positiven Folgen und Möglichkeiten des 9€-Tickets gesprochen hätte. Sie kritisierte die kurzfristige Einführung des Tickets und den damit verbundenen Problemen, welche bereits durch die lokale Presse und dem Vorstand der EVAG benannt wurden. Trotzdem hob sie folgende Vorteile hervor:

- offenerer Freizeitgestaltung
- bessere Ausführung von Ehrenämtern
- bezahlbarer Urlaub und
- bessere soziale Integration von Geringverdienern.

Dennoch forderte sie mehr Transparenz bei der Erhebung und Analyse der Daten des 9€-Projektes, womit die EVAG bereits begonnen haben soll. Man könne bereits die Auswirkungen eines niedrigeren Preises auf die Nutzung des ÖPNV sehen, weshalb sie sich abschließend eine breitere Bekenntnis zum ÖPNV sowie eine Verlängerung des Projektes über die 3 Monate hinaus erhoffte.

Herr Hose konterte, dass das Projekt Sache der Bundesregierung sei und man auf kommunaler Ebene auf die Auswertung der EVAG warten muss. Eine Erhöhung des Angebots im ÖPNV sei laut Frau Karawanskij, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft in Thüringen, nicht möglich gewesen. Entsprechend soll Frau Maurer als Landtagsabgeordnete auf Länderebene darüber diskutieren.

Herr Poloczek-Becher schloss sich der Meinung von Herrn Hose an. Er ergänzte, dass wenn die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stünden, eine Stadt entsprechend auch nicht mitwirken kann. Die finanziellen Mittel und auch das Personal sind bereits an andere Projekte gebunden, sodass die nun benötigten Gelder im Landtag angefordert werden müssen.

Herr Schlösser stempelte das Projekt als misslungenes Experiment des Sozialismus ab. Seiner Meinung nach hätte man die Gelder besser in die Infrastruktur gesteckt.

Frau Wahl sah das 9€-Ticket als eine Chance für die Verkehrswende. Sie hob hervor, dass das Ticket eine gute finanzielle Entlastung, vor allem für Familien, sei. Sie verwies auf die bereits 7 Mio. verkauften 9€-Tickets, was eine enorme Anfrage bedeutete. Dies würde zeigen, dass der ÖPNV für viele Bürger/-innen zu teuer ist und wie wichtig eine Tarifgleichheit sei. Sie richtete ihr Bedauern an den Oberbürgermeister, dass die Gebühren für das Anwohnerparken nicht erhöht werden sollen, wobei sie darauf hinwies, dass eine Kostengerechtigkeit hergestellt werden muss um günstigere Tickets zu ermöglichen. Abschließend schlichtete sie, dass eine Auslastung nicht in einer so kurzen Zeit ausgeglichen werden kann und man daher gegenseitig Rücksicht nehmen muss.

Herr Kürth begründete die schnelle Umsetzung des 9€-Tickets mit den rasch angestiegenen Preisen für Energie und Gas, welche die mittlere und niedrige Einkommensschicht am härtesten getroffen hat und diese entlasten sollte. Er verlas mehrere Statistiken, welche aufzeigten, dass es einen Wandel in der Mobilität in Richtung einer verstärkten Nutzung des ÖPNV gibt und man daher finanzielle Mittel des Landes benötigt, um dieses besser ausbauen zu können und mehr Angebote zu schaffen. Abschließend erklärte er, dass der ÖPNV nicht kostendeckend sei und befürchtet eine allgemeine Preiserhöhung in diesem Bereich für September.

Herr Perdelwitz schloss sich der Meinung von Herrn Kürth an und ergänzte, dass die Bundesregierung durch das 9€-Ticket sich für eine Unterstützung in Fragen des Klimaschutzes erhofft und die gestiegenen Energiekosten kompensieren wolle. Weiterhin wies er darauf hin, dass der Klimaschutz nur durch einen Ausbau des ÖPNV langfristig unterstützt werden kann. Die dafür notwendige finanzielle Unterstützung sowie den Beitrag der Bundesregierung vermisste er an dieser Stelle. Abschließend übermittelte er eine Bitte an die EVAG, ihre Tickets auch zum Kauf im EVAG-Shop anzubieten, da nicht jeder mit einer App oder einem Automaten zurechtkommt.

Herr Pfistner schloss sich der Meinung seiner Vorredner an und erklärte, dass die finanziellen Verluste, welche durch das 9€-Ticket entstehen, nur durch die gute Vernetzung des Stadtwerkeverbundes zu kompensieren sei.

Herr Bausewein sah ebenfalls die Vorteile des Tickets und riet ebenfalls dazu auf die Ergebnisse der Auswertung zu warten um Schlüsse daraus zu ziehen. Er verwies darauf, dass der ÖPNV schon immer finanziell gestützt wurde. Auch er bevorzugte den ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr, allerdings müsste hierfür weiter in die Qualität des Netzes investiert werden. Mit den neuen und längeren Bahnen hatte man versucht die gestiegene Nachfrage zu kompensieren, da kein Platz für weitere Bahnen vorhanden sei. Er kritisierte die Fördercharge, welche mit 25 % zu niedrig sei. Man benötigt zur Verbesserung der ÖPNV-Infrastruktur den Ausbau der Linie 9 zur Stadtbahn, welche ca. 100 Mio. EUR kosten würde. Jährlich gab es im Landeshaushalt einen Investitionszuschuss für den ÖPNV in ganz Thüringen in Höhe von 25 Mio. EUR, welcher nun auf 15 Mio. EUR gekürzt wurde, was eine Entwicklung in die falsche Richtung sei. Einerseits möchte man eine Verkehrswende machen, aber andererseits ist die Unterstützung zu wenig. Zu der nicht stattgefundenen Er-

höhung der Gebühren für das Anwohnerparken erklärte er, dass diese zwar richtig sei um den ÖPNV attraktiver zu gestalten, dies aber auf Grund der enormen Preissteigerung im Energiebereich und bei den anderen Lebenshaltungskosten durch ihn aufgehoben wurde um die Bürger/-innen nicht noch stärker finanziell zu belasten.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, erklärte Herr Panse die Aussprache zur Aktuelle Stunde für beendet und schloss den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

4. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

4.1. 9-Euro-Ticket ab Juni 2022 0880/22
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
Verwiesen in Ausschuss

4.2. Besetzung Aufsichtsräte und Sparkassenzweckverband 0915/22
Einr.: Fraktion SPD

Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse, informierte, dass die Drucksache am 31.05.2022 im Hauptausschuss bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache 0880/22 abstimmen.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Frau Dr. Verona Faber-Steinfeld wird als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH abberufen.

02

Herr Torsten Frenzel wird als Mitglied des Verwaltungsrates im Sparkassenzweckverband Mittelthüringen abberufen.

03

Frau Dr. Verona Faber-Steinfeld wird als Mitglied des Verwaltungsrates im Sparkassenzweckverband Mittelthüringen entsandt.

04

Herr Torsten Frenzel wird als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH entsandt.

- 4.3. **Rekommunalisierung der Wohnanlage "Moritzhof"** 0951/22
Einr.: Fraktion DIE LINKE; Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE
GRÜNEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
Verwiesen in Ausschuss

- 4.3.1. **Antrag der Fraktionen SPD und FREIE WÄH-** 0954/22
LER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0951/22 - Rekommuna-
lisierung der Wohnanlage "Moritzhof"

Verwiesen in Ausschuss

- 4.3.1.1. **Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache** 0955/22
0954/22 - Antrag der Fraktionen SPD und FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0951/22 - Rekommuna-
lisierung der Wohnanlage "Moritzhof"

Verwiesen in Ausschuss

5. **Entscheidungsvorlagen**

- 5.1. **Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage** 0562/20
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRA-
TEN

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.30 behandelt und anschließend getrennt abgestimmt.

Zum Tagesordnungspunkt 5.1 informierte Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, dass ein Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 0765/22 vorlag. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache vollständig. Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt bestätigte (Ja 4 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0) diesen Antrag am 05.05.2022, weshalb eine Abstimmung über die Ursprungsdrucksache obsolet wurde.

Die Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN wurden nachträglich als Miteinreicher des Änderungsantrages genannt.

Der Antrag der Fraktion SPD in Drucksache 0958/22 wurde von den Fraktionen CDU und Freie Wähler/FDP/Piraten übernommen.

Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Drucksachen 0562/20 und 0765/22 lagen den Stadtratsmitgliedern vor.

Zum Tagesordnungspunkt 5.30 informierte Herr Panse, dass dessen Drucksache im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 05.05.2022 bestätigt (Ja 3 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0) wurde.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Es gab mehrere Wortmeldungen, teilweise mehrfach, von:

- Herrn Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
- Herrn Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU,
- Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.,
- Herrn Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD,
- Herrn Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt und
- Herrn Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt.

Inhaltlich lagen die Einreicher der Vorlagen zu den beiden Tagesordnungspunkten nah beieinander, dennoch erörterten und warben sie zu Beginn um ihre eigenen Vorlagen. Unterschiede gab es in der Schwerpunktsetzung. So war es der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wichtig, dass auch das Thema der Antidiskriminierung mit aufgenommen wird, welches in der Vorlage der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN fehlte. Auf Nachfrage Frau Maurers, ob es in diesen Punkt keine Einigkeit geben kann, wurde dieser von Herrn Hose aufgenommen. Eine weitere Diskrepanz gab es bei der Art der Umsetzung, wobei Herr Hose den gemeinsamen Antrag seiner Fraktion verteidigte, da eine reine Onlinekampagne nicht ausreichend sei. Der letzte Punkt, bei dem sich die Vorlagen unterschieden, war die Mittelbereitstellung, wobei die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf den Sammelnachweis 1 zurückgreifen wollten, während die Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN lieber eine Berücksichtigung der Kosten im nächsten Nachtragshaushalt befürworteten.

Im Ergebnis der Diskussion, dass der Punkt "Antidiskriminierung" mit in der Öffentlichkeitskampagne aufgenommen wurde, zog Herr Robeck stellvertretend für seine Fraktion die eigene Vorlage mit der Drucksache 0653/22 zurück. Es wurde daher nur noch über die Drucksache in Fassung der Anträge der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN (Drucksache 0765/22) einschließlich des übernommenen Antrages der Fraktion SPD (0958/22) (ersetzt Beschlussvorlage), mit der Ergänzung des Schwerpunktes "Antidiskriminierung", abgestimmt.

Während der Diskussion hat Herr Möller zugestimmt, dass es in Erfurt eine zu geringe Zivilcourage gibt, sah die Schuld dafür allerdings bei der Zersplitterung der Gesellschaft, da Meinungsverschiedenheiten, wie bei der Zuwanderungspolitik, oft als Rassismus ausgelegt werden. Entsprechend zieht sich die Bevölkerung zurück, so seine Einschätzung. Möchte man diese erreichen, so müsste man deren Meinung ernst nehmen. Herr Hose erklärte daraufhin, dass die Zersplitterung durch Angstmachung von Seiten der AfD erfolge. Dem widersprach Herr Möller. In der Folge der Diskussion beantragte Herr Präger entsprechend der Geschäftsordnung einen Abbruch der Debatte.

Herr Panse ließ daher über den Abbruch der Debatte abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	34
Nein Stimmen:	1
Enthaltungen:	5

Die Debatte wurde somit beendet und es folgte die Abstimmung über die Drucksache 0562/20 in Fassung der Anträge der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN (Drucksache 0765/22) einschließlich des übernommenen Antrages der Fraktion SPD (0958/22) (ersetzt Beschlussvorlage), mit der Ergänzung des Schwerpunktes "Antidiskriminierung", abgestimmt.

mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadtverwaltung erarbeitet, nach erfolgreicher Ausschreibung, gemeinsam mit einer Werbeagentur, unter Beteiligung des Kriminalpräventiven Rats, EVAG, LAP Erfurt, den Erfurter Streetworkern, des Seniorenbeirats, des Ausländerbeirats und des Beirats für Menschen mit Behinderungen sowie dem Schülerparlament eine Öffentlichkeitskampagne "Zivilcourage und Antidiskriminierung", welche so aufgebaut ist, dass sie sowohl online als auch analog erfolgt und über das Jahr 2023 als Dauerkampagne weiterentwickelt und regelmäßig aktualisiert bzw. an aktuelle Geschehnisse angepasst werden kann.

02

Die Erarbeitung und Durchführung der Kampagne steht unter Haushaltsvorbehalt.

5.1.1. Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN zur Drucksache 0562/20 - Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage 0765/22

bestätigt mit Änderungen

5.1.1.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0765/22 - Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0562/20 - Öffentlichkeitskampagne Zivilcourage 0958/22

bestätigt

5.2. Neue Kleingartenanlage für Erfurt 1052/21
Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, gab zunächst bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache in seiner Sitzung am 17.08.2021 abgelehnt hatte (Ja: 1, Nein: 9, Enthaltungen: 0). Auch in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 05.04.2022 wurde die Drucksache abgelehnt (Ja: 1, Nein: 10, Enthaltungen: 0).

Weiterhin teilte Herr Panse mit, dass die Fraktion der CDU eine Vertagung der Drucksache beantragt, bis der Vorstand des Kleingartenbeirates seinen Jahresbericht im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vorgelegt hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, stellt durch erkennbares Heben der beiden Arme einen Antrag zur Geschäftsordnung. Daher erteilte der Stadtratsvorsitzende zunächst Herrn Hose das Wort.

Herr Hose beantragte gemäß seiner Wortmeldung als Geschäftsordnungsantrag die Vertagung und Verweisung der Angelegenheit in den zuständigen Ausschuss, bis der Jahresbericht des Kleingartenbeirates im zuständigen Ausschuss beraten wurde. Er begründete den Antrag damit, dass der Vorsitzende des Kleingartenbeirates regelmäßig im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr den Jahresbericht zum Kleingartenwesen vorlegt und regte an, dass die Problematik dann auch unter Einbeziehung des Vorsitzenden des Kleingartenbeirates betrachtet wird. Er bat um Abstimmung seines Geschäftsordnungsantrages.

Gegen den Antrag zur Geschäftsordnung meldete sich Herr Schlösser, Fraktion AfD, zu Wort. Seiner Ansicht nach müsse der Fraktion zunächst die Möglichkeit gegeben werden, zum Tagesordnungspunkt zu sprechen. Danach könnten seiner Meinung nach alle möglichen Anträge gestellt werden. Des Weiteren sprach er seine Verwunderung darüber aus, dass der Antrag von Herrn Hose gestellt wurde. Herr Hose sei zur letzten Sitzung des Kleingartenbeirates am 03.03.2022 nicht anwesend gewesen. Dort habe der Vertreter des Stadtverbandes Erfurt der Kleingärtner e.V. die Drucksache befürwortet. Auch eine entsprechende Ausschussgruppe habe eine entsprechende Erweiterung der Anzahl der Kleingärten unterstützt.

Der Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass es eine Wortmeldung für und eine Wortmeldung gegen den Geschäftsordnungsantrag gab und somit der Antrag abgestimmt werden kann. Sodann stellt er den Antrag¹ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	37
Nein Stimmen:	4
Enthaltungen:	1
Befangen	0

Somit wurde die Drucksache vertagt und in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr verwiesen, bis der Vorstand des Kleingartenbeirates seinen Jahresbericht im Ausschuss vorlegt.

Zu den Äußerungen von Herrn Schlösser während des laufenden Abstimmungsverfahrens, wurde das Wort nicht erteilt, sodass auch keine Protokollierung erfolgen konnte.

Verwiesen in Ausschuss Ja 37 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

¹ Das Verfahren wurde im Anschluss an die Sitzung noch einmal geprüft. Auf das Schreiben der Leiterin Bereich OB vom 20.06.2022, Anlage A der Niederschrift.

- 5.3. **Bebauungsplan GIK017 "Gebiet zwischen Nordhäuser Straße, Demminer Straße, Hannoversche Straße (B4) und Straße der Nationen" - 1.Änderung; Abwägungs- und Satzungsbeschluss** 1426/21
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache am 28.03.2022 im Ortsteilrat Moskauer Platz bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0), am 04.04.2022 im Ortsteilrat Gispersleben bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und am 17.05.2022 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 5) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses jeweils gültigen Fassung, wird die 1. Änderung des Bebauungsplanes GIK017 „Gebiet zwischen Nordhäuser Straße, Demminer Straße, Hannoversche Straße (B4) und Straße der Nationen“, bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 03.01.2022 als Satzung beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1a bis 1c beigelegt.)

- 5.4. **Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs im Bereich des Alperstedter Sees** 1441/21
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung die Drucksache am 18.05.2022 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 40 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs im Bereich des Alperstedter Sees zwischen der Landeshauptstadt Erfurt und der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird gemäß der Anlage 1 beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.)

5.5. Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städte- bauförderung 2098/21 Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte einleitend darüber, dass die Ortsteilbürgermeister Herrenberg und Melchendorf wortgleiche Änderungsanträge (Drucksachen 0516/22 und 0617/22), welche den Beschlusspunkt 01 erweiterten, gestellt hatten. Die Anträge entsprachen dem Votum der beiden Ortsteilräte. Die Ortsteilräte Windischholzhäuser und Wiesenhügel hatten die Drucksache (ohne Änderungen) bestätigt.

Weiterhin informierte Herr Panse, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 17.05.2022 mit Änderungen bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) hat und zwar in Fassung des Änderungsantrags des Ortsteilbürgermeisters von Herrenberg in der Drucksache 0516/22 (bestätigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0)

Da die beiden Änderungsanträge identisch waren, war die Abstimmung über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters von Melchendorf obsolet.

Die Stellungnahmen der Verwaltung zu beiden Anträgen lagen den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Czentarra, Ortsteilbürgermeister Herrenberg, ging auf die Pressemitteilung der Thüringer Allgemeine über den Schlagaustausch zwischen ihm und dem Beigeordneten für Kultur und Stadtentwicklung, Herrn Dr. Knoblich, ein. Er erklärte am Beispiel der „Entnazifizierung“ seines Stadtteiles, dass er sich sehr wohl für Zivilcourage und somit zur Entwicklung seines Stadtteiles einsetze, wie auch die Auszeichnung durch den Ehrenbrief der Landeshauptstadt Erfurt belegte, welchen er vor einem Jahr erhielt. Weiterhin sprach er sich gegen den neuen Standort der Bibliothek aus, da eine bereits vorhandene geschlossen wurde. Ebenfalls sprach er sich gegen den Abriss der Brückenunterführung aus, welcher behindertengerecht sei und in seinem Stadtteil beibehalten werden soll.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass das städtebauliche Projekt für einen kleinen Streit zu wichtig sei, zumal es nicht allein den Ortsteil Herrenberg betreffe. Mit ihm sollen die Ortsteile zusammengeführt und den gesamten Süd-Osten Erfurts aufgewertet werden. Mit dem Projekt, bei welchem man 50 Mio. EUR investieren möchte, wird mit 2 Mio. EUR eine breite Bürgerbeteiligung ermöglicht und Gebäude, wie die alte Bibliothek, saniert. Er bat um Zustimmung für die vorliegende Drucksache, ohne Änderungen. Zur Unterführung erklärte er, dass dies ein Angstraum sei, der die Ortsteile voneinander trennt und daher aufgelöst werden muss.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, mahnte, dass durch das Projekt durch die knappe Personalkapazität der Stadtverwaltung nicht andere Projekte liegen bleiben dürfen. Den Ansatz, mit einem Selbstwertgefühl durch die Architektur zu arbeiten, empfand er als interessant. Der Sozialstrukturatlas rechtfertigt seiner Meinung nach das Projekt. Anschließend wies er darauf hin, dass die Maßnahmen des Klimaschutzes nicht ausgelassen werden dürfen, wobei er die klimagerechte Sanierung des DDR-Typenbaus als spannend und richtungsweisend empfand. Bei dem Handlungsfeld "aktivierende soziale Infrastrukturen", wobei mit 9,8 Mio. EUR Gebäude saniert werden, erklärte er, dass dabei noch nicht geklärt wurde, wie man diese Gebäude dann betreiben möchte.

Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, ergänzte zu seinem Vorredner, dass ihre Fraktion den Wunsch der betroffenen Ortsteilräte begrüßen, dass hier Bürgerbeteiligung stattfindet, was von der Stellungnahme der Verwaltung bestätigt wird. Er machte aber auch deutlich, dass Bürgerbeteiligung seine Grenzen hat und nicht bedeutet, dass sie zu 100 % mitbestimmen können.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, erklärte, dass die Bewohner im Süd-Osten Erfurts froh darüber wären, dass das Projekt vorankommt. Zur Unterführung wies er auf die Beschwerden von den Ortsteilen über Vandalismusvorfällen der letzten Jahre hin. Die Unterführung sei ein unvollendetes Bauwerk aus den DDR-Zeiten, welches die Ortsteile voneinander trennt und daher beseitigt werden soll. Da die Bürgerbeteiligung zugesagt wurde plädierte er für die Drucksache.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, freute sich über den Stadtentwicklungsprozess, welche den Erfurter Süd-Osten aufwerten soll, wies aber nochmal auf folgende Problematiken hin:

- die Frage der Bürger, inwieweit eine "neue Mitte" durch einen Zusammenschluss der Ortsteile erwünscht ist, muss berücksichtigt werden
- Bürgerbeteiligung muss intensiviert werden
- die Kapazitäten der Stadtverwaltung in Bezug auf fehlendes Personal
- die notwendige Geduld des Fördermittelgebers, da Geld nicht durch Zwang zu schnell ausgegeben werden soll.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., unterstützte Herrn Hoses Ausführung, dass die 50 Mio. EUR Fördermittel sinnhaft genutzt werden sollen. Die Ortsteile Herrenberg, Wiesenhügel und Melchendorf sollen durch einen gemeinsamen Platz, der zu Beginn hauptsächlich die Verkehrsführung regelt, zusammengeführt werden. Im späteren Zeitpunkt sollen weitere Projekte, die derzeit nicht bekannt sind, den Platz weiter füllen. Zur Bürgerbeteiligung wünschte er sich eine deutlichere, auf Projekte bezogene, ergebnisoffene Diskussion.

Herr Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung, bedauerte, dass die Bürgerbeteiligung erst zu einem späten Zeitpunkt erfolgen konnte und verwies dabei auf den Bund hin, welcher die Kriterien entsprechend gesetzt hatte. Trotz dessen machte er klar, dass die Bürgerbeteiligung bereits im vollen Gange sei und berücksichtigt wird. Problematisch fand er die Tatsache, dass einzelne Aspekte, was nicht verändert werden soll, aufgerufen werden und somit den Veränderungsprozess ausbremsen. Hierbei wünschte er sich eine größere Offenheit der Ortsteile für Veränderungen. Zum Zeitungsartikel erklärte er abschließend, dass er nicht gesagt hatte, Herr Czentarra würde zum Nachteil des Ortsteiles agieren, lediglich, dass es diesen Eindruck erweckt. Zur Personalfrage antwortete er, dass er nicht ausschließen kann, dass es zu Lasten anderer Projekte geht. Er versicherte aber, dass

man bemüht sei Personal zu finden und bereits mit der Besetzung der Stellen begonnen hat. Auch die Öffentlichkeitsarbeit fände zeitnah statt. Die Frage ob man das Projekt weiter macht oder nicht stelle sich nicht, nur die Frage, wie man weiter macht.

Herr Blechschmidt bedankte sich für den Redebeitrag von Herrn Dr. Knoblich und wies nochmal darauf hin, dass eine Bürgerbeteiligung keine Einbahnstraße sei.

Herr Stampf fragte nach, ob das Programm zu Lasten des Schulsanierungs- und Neubaus ginge?

Herr Dr. Knoblich antwortete, dass dies nicht die Absicht sei, er dies aber auch nicht vollständig ausschließen kann. Das Projekt sei so konzipiert, dass es im Großen und Ganzen nicht zu dessen Lasten gehen sollte. Zu Herrn Blechschmidts Aussage antwortete er, dass man keine Einbahnstraße in der Bürgerbeteiligung möchte, es aber auch Vorgaben gibt, bei welcher man Einsicht auf beiden Seiten benötigt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, lies Herr Panse zunächst über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters vom Herrenberg mit der Drucksache 0516/22 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	33
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	8
Befangen	0

Der Antrag wurde bestätigt. Entsprechend war die Abstimmung über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters von Melchendorf mit der Drucksache 0607/22 obsolet, da dieser deckungsgleich war. Es folgte daher die Abstimmung über die Drucksache 2098/21 in Fassung des soeben bestätigten Änderungsantrages.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	33
Nein Stimmen:	0
Enthaltungen:	8
Befangen	0

Die Drucksache wurde somit mit Änderungen beschlossen.

Im Anschluss an der Abstimmung stellte Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, die Frage, ob die Formulierung des Beschlusses nun wie die des vorberatenden Ausschusses oder eine neue Formulierung sei?

Herr Vogt, Stadtratsreferent, antwortete, dass die Formulierung die Gleiche sei, da der Antrag des Ortsteilbürgermeisters vom Herrenberg in der Ausschusssitzung aufgenommen wurde.

Herr Panse wies abschließend darauf hin, dass er vor den Abstimmung erklärte, über welche Anträge er abstimmen lässt. Weiterhinkündigte er eine bevorstehende Pause an, welche nach den anschließend aufgerufenen Wahlen unter den Tagesordnungspunkten 5.17, 5.28, 5.29 und 5.31 stattfinden soll.

mit Änderungen beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0

Beschluss

01

Das überarbeitete Rahmenkonzept des Modellvorhabens zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung Erfurt Südost wird unter dem Vorbehalt des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung bestätigt (Anlage 1).

02

Nach Beauftragung des externen Büros für die Bürgerbeteiligung ist das Rahmenkonzept mit der Quartiersbevölkerung und der Stadtteilkonferenz zu erörtern und die Projektbestandteile, die im Rahmen der Bürgerbeteiligung entwickelt werden sollen, sind zu vertiefen.

03

Die Umsetzung der Maßnahmen des Modellvorhabens zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung erfolgt vorbehaltlich der haushalterischen Voraussetzungen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

5.5.1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg zur DS 0516/22
2098/21 - Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der
Städtebauförderung

bestätigt Ja 33 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0

5.5.2. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Melchendorf zur DS 0607/22
2098/21 - Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der
Städtebauförderung

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

5.6. Satzungsbeschluss über die Anordnung der 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes JOP721 "Ortsteilzentrum Johannesplatz" - VS029
Einr.: Oberbürgermeister 2298/21

Der Tagesordnungspunkt wurde nach den Wahlen der gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkte 5.17, 5.28, 5.29 und 5.31 aufgerufen.

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache am 31.03.2022 im Ortsteilrat Johannesplatz bestätigt (Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und am 17.05.2022 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Auf Grund von § 14 Abs. 1, § 16 Abs. 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses jeweils gültigen Fassung, wird die Satzung über die Anordnung der 1. Verlängerung der am 07.08.2020 in Kraft getretenen Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes JOP721 "Ortsteilzentrum Johannesplatz" – VS029 um ein weiteres Jahr beschlossen. Der beiliegende Satzungstext (Anlage 3) über die Veränderungssperre und der Lageplan im Maßstab 1: 1000 (Anlage 2) sind Bestandteil des Beschlusses.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 4a bis 4c beigefügt.)

- 5.7. Einfacher Bebauungsplan BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße"; Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister 2426/21

Der Stadtratsvorsitzender, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 30.03.2022 im Ortsteilrat Berliner Platz bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und am 17.05.2022 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Geltungsbereich wird entsprechend den zeichnerischen Festsetzungen (Anlage 2) gegenüber dem Aufstellungsbeschluss Nr. 0036/20 vom 27.05.2020 geändert.

02

Der Entwurf des einfachen Bebauungsplanes BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/ Augsburgsburger Straße" (Anlage 2) in seiner Fassung vom 01.02.2022 und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Der Entwurf des einfachen Bebauungsplanes und dessen Begründung werden nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 5a bis 5c beigelegt.)

5.8. Etablierung einer Jugendstation in der Landeshauptstadt Erfurt 2448/21
Erfurt
Einr.: Fraktion CDU

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktion SPD in Drucksache 0449/22 vorlag. Dieser ersetzte den Beschlussvorschlag vollständig. Die Fraktion CDU hat sich diesen Antrag in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 12.05.2022 angeschlossen. Der Antrag wurde bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0) und die Drucksache 2448/21 entsprechend bestätigt mit Änderungen.

Die Stellungnahmen der Verwaltung lagen den Stadtratsmitgliedern vor.

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache in Fassung des Antrags der Fraktionen CDU und SPD in Drucksache 0449/22 abstimmen, welcher den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache vollständig ersetzte.

mit Änderungen beschlossen Ja 36 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendamt, speziell Jugendgerichtshilfe, zu prüfen, ob und in wie weit die Errichtung einer Jugendstation in Erfurt sinnvoll ist.

02

Nach Abschluss dieser Prüfung ist dem Stadtrat zum Ende des 4. Quartals 2022 ein Bericht vorzulegen, der in Zusammenarbeit mit dem Unterausschuss Hilfe zur Erziehung erarbeitet werden soll.

03

In Zuge dessen ist auch Kontakt mit den Jugendstationen in Jena und Gera aufzunehmen um diese nach ihrer Arbeit und Entstehungsgeschichte zu befragen.

5.8.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache - Etablierung einer Jugendstation in der Landeshauptstadt Erfurt 0449/22

bestätigt

**5.9. Billigung des 2. Entwurfs und 2. öffentliche Auslegung 2455/21
zur Aufhebung des Bebauungsplanes LIA278 "Auf der
Großen Mühle, Hinter den Wänden, Hinterm Gasthofe"
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzender, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 07.04.2022 im Ortsteilrat Linderbach bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und am 17.05.2022 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Geltungsbereich wird entsprechend den zeichnerischen Festsetzungen gegenüber dem Aufstellungsbeschluss Nr. 2056/20 vom 21.07.2021 entsprechend Anlage 2 begrenzt.

02

Der 2. Entwurf der Aufhebungssatzung LIA278 "Auf der Großen Mühle, Hinter den Wänden, Hinterm Gasthofe" in seiner Fassung vom 06.12.2021 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Der 2. Entwurf der Aufhebungssatzung LIA278 "Auf der Großen Mühle, Hinter den Wänden, Hinterm Gasthofe" (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gemäß § 1 Abs. 8 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats erneut öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 1 Abs. 8 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Aufhebung berührt werden, beteiligt.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 6a bis 6c beigelegt.)

**5.10. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurter Gar- 0091/22
ten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)
Einr.: Oberbürgermeister**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung die Drucksache am 18.05.2022 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 34 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss 2021 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) mit einer Bilanzsumme von 50.716.390,10 EUR und einem Jahresfehlbetrag von 2.202.678,19 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von 2.202.678,19 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

03

Ein Betrag in Höhe von 2.670.000 EUR ist aus der Kapitalrücklage (§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB) zu entnehmen und hiermit eine Verrechnung mit den Verlusten aus der Abschreibung von Finanzanlagen aus 2021 durchzuführen.

04

Der Geschäftsführerin Frau Kathrin Weiß wird für das Geschäftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

05

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

06

Als Abschlussprüfer der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) für die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 einschließlich der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz, des Lageberichtes 2022 sowie der Prüfung gemäß § 6b Abs. 5 Energiewirtschaftsgesetz wird die BBH AG, Erfurt, bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

5.11. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der KoWo 0092/22
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung die Drucksache am 18.05.2022 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, bedankte sich für die Vorlage, aus welcher man herauslesen kann, dass die KoWo gut aufgestellt sei, einen Jahresüberschuss von ca. 7 Mio. EUR erwirtschaften und die Schulden bis auf einen Stand von ca. 40 Mio. EUR tilgen konnte. Vor dem Hintergrund der Kostenentwicklung kam er zu dem Entschluss, dass man der KoWo über die Gebäudesanierung hinaus eine wichtigere Rolle zuteilen sollte. Abschließend warb er um Zustimmung.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, warnte mit Blick auf den noch zu leisteten Sanierungsstau davor, der KoWo auf Grund guter geleisteter Arbeit noch mehr zuzumuten. Dies könnte dazu führen, dass die KoWo erneut in eine Schieflage gerät. Auch könnten zukünftig anstehende Nebenkostenabrechnungen, auf Grund der gestiegenen Gas- und Energiepreise, sowie die untergebrachten ukrainische Flüchtlinge, zu einer Verschlechterung der Lage der KoWo führen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., hätte für den sozialen Wohnungsmarkt gerne die nicht zugelassene dringliche Drucksache zum Moritzhof dazu genutzt, dies der KoWo zuzuspielen, um günstigen Wohnungsraum für Erfurter/-innen zu schaffen. Sie erklärte, dass die knapp 8 Mio. EUR, welche als Überschuss blieben, daher zustande kamen, dass die KoWo in den vergangenen Jahren durch die Corona-Pandemie und der KoWo-Krise weniger Großprojekte durchführen konnte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache abstimmen lies.

beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss 2021 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt mit einer Bilanzsumme von 310.902.789,41 EUR und einem Jahresüberschuss von 7.349.953,24 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von 7.349.953,24 EUR wird in die Anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

03

Die Geschäftsführerin Frau Annett Eckardt wird für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.01.2021 entlastet. Der Geschäftsführer Herr Alexander Hilge wird für den Zeitraum vom 01.02.2021 bis 31.12.2021 entlastet.

04

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

05

Als Abschlussprüfer der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt für die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 einschließlich der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz und des Lageberichtes 2022 wird die MSC Schwarzer Albus GmbH bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafter in Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

5.12. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 der Erfurt 0093/22
Toursimus und Marketing GmbH
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung die Drucksache am 18.05.2022 bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss 2021 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH mit einer Bilanzsumme von 2.102.785,34 EUR und einem Jahresfehlbetrag von 1.254.790,68 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von 1.254.790,68 EUR ist mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.

03

Die Geschäftsführerin Frau Dr. Carmen Hildebrandt wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

04

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2021 entlastet.

05

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2022 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz und des Lageberichts 2022 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BBH AG, Niederlassung Erfurt bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

5.13. Änderung zum laufenden Schulnetzplan ab dem Schul- 0152/22
jahr 2022/2023
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass sämtliche Ortsteilräte die Drucksache zur Kenntnis genommen, bestätigt oder kein Votum abgegeben haben. Einzig der Ortsteilrat Marbach hatte die Drucksache abgelehnt (Ja 0 Nein 6 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Bildung und Kultur hat die Drucksache am 03.05.2022 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Weiterhin informierte er, dass die Nachfragen der Fraktion CDU mit der Stellungnahme vom 31.05.2022 beantwortet wurden.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, wies darauf hin, dass sich der Schulnetzplan in seine Einzelteile aufgelöst hat und kritisierte, dass alle Maßnahmen zur Lösung von Kapazitätsproblemen zu spät kämen. Dennoch erklärte er, dass seine Fraktion der Drucksache zustimmen wird, um die Änderungs- und Entwicklungswünsche der Schulen, von welchen er einige Beispiele nannte, zu unterstützen. Er unterstützte den Wunsch das Konzept von Praxisklassen, welche durch Gesetzlichkeiten nicht erlaubt sind, beizubehalten und bat darum, dass das Konzept schreiben dem Beschluss beizufügen. Abschließend kritisierte er nochmals, dass die Hauptaufgabe, ausreichend Kapazitäten für die Beschulung der Erfurter Kinder zu schaffen, nicht gelungen sei.

Herr Panse antwortete, dass das Schreiben als Anlage vorhanden sei und es kein Problem gäbe dies dem Beschluss anzuhängen.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN würdigte ebenfalls die zuvor von Herrn Hose genannten Schulen für den neuen Weg, die diese einschlagen möchten. Er warb um Zustimmung für die Drucksache.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass ein Redebeitrag zur Würdigung der Schulen gereicht hätte, da die Kapazitätsprobleme ein bekanntes Bundesproblem seien. Die Stadtverwaltung, so konstatierte sie, würde hierbei schon ihr Möglichstes tun, was nicht kleingeredet werden soll.

Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., schloss sich der Meinung ihrer Vorrednerin an und ergänzte, dass die Drucksache nicht auf Grund eines schlechten Schulnetzplanes, sondern durch den Wunsch auf Veränderung einzelner Schulen entstanden sei. Entsprechend bat sie um Unterstützung der Vorlage und bedankte sich bei allen Beteiligten.

Herr Hose begründete seinen kritischen Redebeitrag damit, dass man in der Landeshauptstadt Erfurt mittlerweile an einem Punkt bei den Schulplatzkapazitäten sei, an den es nicht weiterginge. Der Otto-Lilienthal-Schule, so nannte er als Beispiel, wurde ein neues Gebäude versprochen, was es bis zum heutigen Tag nicht gibt. In dessen Folge wird die Schule in 3 bis 4 Orte aufgeteilt und durch Container behelfsweise unterstützt. Die Entwicklung der Schulen sei somit nur die halbe Wahrheit, weshalb man seine Kritik akzeptieren sollte, zumal diese ausgesprochen wurde um eine Besserung zu erzielen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0152/22 abstimmen lies.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Schulnetzplan 2019/20 bis 2023/24 (Drucksache 0351/19) wird gemäß Anlage 1 um den Teil II b Änderung zum laufenden Schulnetzplan ab dem Schuljahr 2022/2023 ab Seite 61 ff. ergänzt. Hieraus sich ergebende redaktionelle Änderungen im weiteren Text des Schulnetzplanes werden durch das Amt 40 selbstständig veranlasst.

02

Die Beschlussfassung erfolgt unter Haushaltsvorbehalt.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.)

- 5.14. **Satzungsbeschluss über die Anordnung der 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße"** 0173/22
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ortsteilrat Berliner Platz die Drucksache am 30.03.2022 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr bestätigt (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Auf Grund von § 14 Abs. 1, § 16 Abs. 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses jeweils gültigen Fassung, wird die Satzung über die Anordnung der 1. Verlängerung der am 04.09.2020 in Kraft getretenen Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BEP738 "Einzelhandelssteuerung Wohngebiet Berliner Platz/Augsburger Straße" – VS028 um ein weiteres Jahr beschlossen. Der beiliegende Satzungstext (Anlage 3) über die Veränderungssperre und der Lageplan im Maßstab 1: 2000 (Anlage 2) sind Bestandteil des Beschlusses.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 8a bis 8c beigelegt.)

5.15. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT755 "Edith-Stein-Schule" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit 0214/22
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 10.05.2022 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, lobte den Vorhabenträger und das Projekt, was sie als "zukunftsweisend" beschrieb, welches zukünftiger Standard bei jedem Bauprojekt in Erfurt sein sollte. Sie hoffte auf eine breite Zustimmung.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, schloss sich der Meinung von Frau Wahl an. Zu Protokoll gab er den offenen Punkt aus der Debatte aus dem Ausschuss, über der Problematik, dass ein Kindergarten vor Ort einen Teil seines derzeitigen Freigeländes abgeben muss, wobei ungeklärt sei, wer für die Flächenentsiegelung der Ausgleichfläche aufkommt. Er würde sich freuen, wenn es im weiteren Projektverlauf dazu Antworten gibt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0214/22 abstimmen lies.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 21.06.2021 für das Vorhaben ALT755 "Edith-Stein-Schule" wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll eingeleitet werden.

02

Für einen Bereich an der Reglermauer soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan ALT755 aufgestellt werden. Der Bereich wird entsprechend der zeichnerischen Festsetzung des Geltungsbereiches im Vorentwurf zum Bebauungsplan umgrenzt.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- **Schaffung des Planungsrechts für die Errichtung eines Bedarfsbaus zur Entspannung der Raumsituation in der Edith-Stein-Schule**
- **die Ziele des Klimaschutzes sollen mit Dach- und Fassadenbegrünung umgesetzt werden**
- **städtebauliche Neufassung des Klostersgartens der Ursulinen entlang der historischen Mauer**

er, vor Beginn der Pause, seine Stimme ab, nachdem er fragte ob jedes Mitglied die Gelegenheit hatte seine Stimme abzugeben.

Nach der Sitzungspause verkündete Herr Panse die Wahlergebnisse wie folgt:

Abstimmungsergebnis TOP 5.17 1. Wahlgang der Drucksache 0383/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	40
erforderliche Mehrheit:	21
Stimmen für Herrn Jörg Neigefindt:	34
ungültige Stimmen:	6

Herr Jörg Neigefindt wurde somit gewählt.

Abstimmungsergebnis TOP 5.28 1. Wahlgang der Drucksache 0638/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	40
erforderliche Mehrheit:	21
Stimmen für Frau Corinna Herold:	11
ungültige Stimmen:	29

Frau Corinna Herold wurde somit nicht gewählt.

Abstimmungsergebnis TOP 5.29 1. Wahlgang der Drucksache 0639/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	40
erforderliche Mehrheit:	21
Stimmen für Herr Marek Erfurh:	11
ungültige Stimmen:	29

Herr Marek Erfurth wurde somit nicht gewählt.

Abstimmungsergebnis TOP 5.31 1. Wahlgang der Drucksache 0758/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	40
erforderliche Mehrheit:	21
Stimmen für Frau Sirian Klemola:	31
ungültige Stimmen:	9

Frau Sirian Klemola wurde somit gewählt.

Im Anschluss fragte Herr Panse ob etwaige Anträge zu den nicht erfolgreich stattgefundenen Wahlgängen unter den Tagesordnungspunkten 5.28 bzw. 5.29 gestellt werden. Durch Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, wurde der Antrag auf Abbruch der betroffenen Wahlgänge zu den genannten Tagesordnungspunkten gestellt. Entsprechend ließ Herr Panse zunächst über den Abbruch der Wahl unter dem Tagesordnungspunkt 5.28 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	36
Nein Stimmen:	4
Enthaltungen:	0

Die Wahl wurde somit abgebrochen. Abschließend folgte die Abstimmung über den Abbruch der Wahl unter dem Tagesordnungspunkt 5.29.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	36
Nein Stimmen:	4
Enthaltungen:	0

Die Wahl wurde somit ebenfalls abgebrochen.

Herr Panse schloss somit alle 4 Tagesordnungspunkte und rief den Tagesordnungspunkt 5.6 auf.

gewählt

Beschluss

Herr Jörg Neigefindt wird in den Seniorenbeirat gewählt.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 11.05.2022 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Es gab Wortmeldungen, teilweise mehrfach von:

- Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.,
- Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD,
- Herrn Pfistner, Fraktion CDU,
- Herrn Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt,
- Herrn Städter, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN,
- Herrn Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
- Herrn Bausewein, Oberbürgermeister,
- Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
- Herrn Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und
- Herrn Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN.

Entstanden ist eine umfangreiche Debatte, nachdem Frau Maurer aufzählte, mit welchen Punkten der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes ihre Fraktion nicht einverstanden war. Darunter fielen:

- Transparenz bei der Verteilung von Haushaltsausgaberesten (Forderung einer realistischen Planung durch die Stadtverwaltung)
- Tätigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben ohne vorheriger Bestätigung oder Einbindung des Stadtrates
- Anwendung der Beteiligungsrichtlinie u. a. bei den Aufsichtsräten der Stadtwerke
- Anpassung der Gesellschaftsverträge hinsichtlich städtischer Prüfungsrechte (Umsetzung seit 20 Jahren nicht behördengerecht).

Den Punkt, dass zukünftiges keine Bonuszahlungen mehr für Geschäftsführer geben wird, befürworteten sie. Trotz der Kritik erklärte Frau Maurer, dass ihre Fraktion der Drucksache dennoch zustimmen wird.

Die Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN schloss sich der Kritik an und verwies darauf, dass seit 2009 von dem Rechnungsprüfungsamt Angemahntes bis heute nicht umgesetzt wurde, weswegen man teilweise der Drucksache nicht zustimmen wird.

Die Vertreter der Fraktionen SPD, CDU, Mehrwertstadt Erfurt verteidigten die Jahresrechnung 2020, räumten Mängel ein und verwiesen dabei auf die Stellungnahmen der Verwaltung, welche auf die Behebung dieser Mängel oder Wiedervorlage von Festlegungen im Fachausschuss hinwiesen. Man erklärte, dass das Rechnungsprüfungsamt die Rechnung bestätigt hat und die Feststellungen entsprechend zufriedenstellend sei. Diese sollte als Indikator betrachtet werden, wie die Stadtverwaltung Beschlüsse umsetzt und bei zukünftigen Haushaltsplanungen reflektiert werden. Dass mehrere Beschlüsse auf Grund von Personalmangel nicht umgesetzt wurden sei bereits bekannt, ließe sich allerdings nicht beeinflussen. Man zeigte sich irritiert darüber, dass die Debatte nicht in dem erforderlichen Maße im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben erfolgr-

te, bei welchem auch über die - und außerplanmäßigen Ausgaben beraten wird und dies nun im Stadtrat stattfindet.

Vertreter der Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER / FPD / PIRATEN kritisierten weiterhin die Personalentwicklung der Stadtverwaltung, welche zur Nichtumsetzung mehrerer Beschlüsse führte und verwiesen auf das Personalentwicklungskonzept, welches seit langem versprochen, aber noch nicht umgesetzt wurde.

Der Oberbürgermeister erklärte, dass die Eckpunkte des Personalentwicklungskonzeptes im Hauptausschuss besprochen wurden und ging u. a. auf das umständliche und zeitaufwendige Bewerbungsverfahren und einem unflexiblen TVÖD ein, welches zur schlechten Personalsituation beigetragen hat.

Herr Panse unterbrach zwischenzeitlich die Debatte um darauf hinzuweisen, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt um die Jahresrechnung 2020 und nicht um die Personalentwicklung ging.

Nachdem alle Wortmeldungen abgeschlossen waren, lies Herr Panse über die Drucksache 0401/22 abstimmen.

beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

Die Jahresrechnung 2020 wird auf Grundlage des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 80 Abs. 3 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) festgestellt.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 10 beigefügt.)

**5.19. Entlastungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2020 0402/22
Einr.: Oberbürgermeister**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Oberbürgermeister sowie die zu entlastenden hauptamtlichen Beigeordneten von der Beratung und Abstimmung über ihre eigene Entlastung nach § 80 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 38 Abs. 1 Satz 1 ThürKO ausgeschlossen sind.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache am 11.05.2022 bestätigt (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 1).

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 31 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 1

Beschluss

Der Oberbürgermeister, die Bürgermeisterin sowie alle im Haushaltsjahr 2020 amtierenden hauptamtlichen Beigeordneten werden gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 ThürKO auf Grundlage des Schlussberichts entlastet.

5.20. BIN031 "Büro- u. Gewerbepark" - 1. Änderung, Aufstel- 0497/22
 lungenbeschluss, Billigung des Entwurfes und öffentliche
 Auslegung
 Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 10.05.2022 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0) und im Ortsteilrat Bindersleben am 19.05.2022 bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Der rechtskräftige Bebauungsplan BIN031 „Büro- u. Gewerbepark“ soll geändert werden.

Mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Ausschluss der Neuansiedlung von Einzelhandelsbetrieben mit nahversorgungsrelevanten oder sonstigen zentrenrelevanten Kernsortimenten, zum Schutz zentraler Versorgungsbereiche und der wohnungsnahen Versorgung
- Einzelhandel im räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit Handwerks- oder Gewerbebetrieben, dessen Verkaufsfläche der Betriebsfläche untergeordnet ist und der nur dem Verkauf selbst produzierter oder bearbeiteter Produkte dient, soll abweichend ausnahmsweise zulässig sein

02

Das Verfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 3 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB verzichtet.

03

Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes BIN031 „Büro- u. Gewerbepark“ in seiner Fassung vom 25.03.2022 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

04

Der Entwurf des Bebauungsplanes und dessen Begründung werden nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 11a bis 11c1 beigefügt.)

5.21. Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines Objektes in Mittelhausen 0498/22
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache am 10.05.2022 im Ortsteilrat Mittelhausen bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und am 11.05.2022 im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Bestellung eines Erbbaurechts am Flurstück 189/1 in der Gemarkung Mittelhausen, Flur 1, mit einer Fläche von 393 m² mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins wird nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung beschlossen. Alternativ soll auch die Veräußerung mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung möglich sein.

5.22. Ergebnisse des Verkehrsversuchs Clara-Zetkin-Straße 0511/22
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 17.05.2022 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 0949/22 vor. Dieser änderte die Beschlusspunkte 02 und 04 der Ursprungsdrucksache.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0956/22 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache.

Aufgrund fehlender Vorberatung der Drucksachen 0949/22 und 0956/22 entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 31.05.2022, die Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Änderungsanträgen lagen den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, erklärte die ablehnende Haltung seiner Fraktion durch das knappe Ergebnis der Bürgerbeteiligung, sowie der Schwierigkeiten durch fehlende Rettungswege, Rückstau in der Straßenbahntaktung und Verschlechterung der Parkplatzsituation. Man soll einen Kompromiss erarbeiten und nicht den Autofahrer zum Feindbild erklären, weswegen er für den Antrag seiner Fraktion warb. Er hinterfragte auch

wie sich das Ergebnis der Bürgerbeteiligung gegen Ende zu den Gunsten der Stadtverwaltung geändert hat.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, konterte, dass die Bürgerbeteiligung ernst genommen und nicht angezweifelt werden soll. Die Straßenführung vor einem Umbau wiederauf den Ursprung zurückzubauen, wie es die Fraktion CDU vorschlug, sei nicht sinnvoll. Zu den wegfallenden Stellplätzen und der Behauptung den Autofahrer als Feindbild abzustempeln entgegnete sie damit, dass man für eine Verkehrswende Flächen schaffen muss, was nicht bedeutet, man sei per se gegen das Auto.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, entgegnete der Kritik des Umbaus der Clara-Zetkin-Straße mit der gesteigerten Lebensqualität, die man den dortigen Anwohnern wiedergeben möchte, zumal Autofahrer lediglich 15 Sekunden länger durch den Umbau unterwegs seien. 60 % der Bewohner fanden die Entwicklung gut, was zu berücksichtigen sei. Anschließend ging er auf den Antrag der Fraktion CDU ein, welcher historisch falsch sei, da er das alte Verkehrsdenken beruht, fachlich falsch, da die Auswertung der Ergebnisse darlegen, dass eine Belastung des Ausweichverkehrs nur marginal seien und zynisch, da dieser die Gesundheit mehrerer Erfurter für einen Zeitgewinn von 15 Sekunden opfern möchte. Zum Antrag der Fraktion AfD erklärte er, dass dieser obsolet sei, da die Verwaltung bereits vorschreibt, dass die Fahrbahn zweispurig wird und die weitere Beobachten eher für den Umbau sprechen wird, da der Verkehr auf Grund der Sommerferien und dem 9€-Ticket noch weiter abnehmen werde. Abschließend warb er um Zustimmung der Ursprungsdrucksache und um Ablehnung der beiden genannten Änderungsanträge.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, erklärte, dass es bei dem Umbau darum ginge städtebauliche Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und nicht ideologisch jemanden etwas wegzunehmen. Perspektivisch interessierte ihn eine aktualisierte Prognose, ob man die Stauffenbergallee, unter Berücksichtigung eines neuen Parkhauses in der ICE-City, ebenfalls entsprechend umbauen könnte.

Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., gab zum Ausdruck, dass sie die Unterstellung Herrn Hoses über die Entwicklung der Bürgerbeteiligung schändlich empfand.

Herr Hose verteidigte seine Behauptung damit, dass die Entwicklung der Bürgerbeteiligung auffällig gewesen sei. Eine mehrfach Abstimmen und Ausschluss ältere Menschen, ohne technisches Wissen, sei nicht methodisch.

Herr Städter, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, vermutete, dass gegen Ende des Verkehrsversuches sowohl Plakate als auch verschwindende Baustellenfahrzeuge die Abstimmung der Bürgerbeteiligung beeinflusst haben.

Herr Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung, erklärte, dass die Bürgerbeteiligung methodisch korrekt stattfand und der Modelversuch erfolgreich ausgefallen sei. Die Mobilitätswende sei ein Lernprozess, welcher Zeit zur Akzeptanz benötigt.

Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, verteidigte den Antrag seiner Fraktion und verwies u.a. auf alleinerziehende Mütter, welche für so eine Bürgerbeteiligung keine Zeit hätten und Leidtragende der Umbauarbeiten sei. Er unterstützte die Ansicht Herrn Hoses über das zum Ende hin geänderte Ergebnis der Bürgerbeteiligung und erklärte, dass der Zeitraum des Verkehrsversuches durch die Corona-Pandemie falsch gelegt wurde und daher methodisch falsch sei. Entsprechend warb er um Zustimmung für den Antrag seiner Fraktion.

on, um den Beteiligungsversuch zu verlängern, um realere Daten zu bekommen und keine Alles-oder-Nichts-Entscheidung zu fällen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse zunächst über den Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 0949/22 abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	10
Nein Stimmen:	29
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Der Antrag wurde abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über den Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0956/22.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	4
Nein Stimmen:	35
Enthaltungen:	0
Befangen	0

Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Abschließend lies Herr Panse über die Ursprungsdrucksache 0511/22 abstimmen.

beschlossen Ja 25 Nein 14 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Ergebnisse des Verkehrsversuches in der Clara-Zetkin-Straße gemäß den Anlagen 1 und 2 werden zur Kenntnis genommen.

02

In Auswertung dieser Ergebnisse beschließt der Stadtrat den Umbau der Clara-Zetkin-Straße von vier auf zwei durchgängige Fahrsteifen.

03

Die mit dem Verkehrsversuch erfolgreich praktizierte intensive Bürger/-innenbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit ist im weiteren Planungsprozess durch geeignete Formate fortzuführen.

04

Für den Zeitraum bis zum Beginn des Umbaus erfolgt die Verkehrsführung in der Clara-Zetkin-Straße in einem angepassten zweispurigen Straßenquerschnitt, der Elemente einer temporären Begrünung und einen angemessenen Parkraumbedarf berücksichtigt.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 12a und 12b beigelegt.)

5.22.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0511/22 - Ergebnisse des Verkehrsversuchs Clara-Zetkin-Straße 0949/22

abgelehnt Ja 10 Nein 29 Enthaltung 0 Befangen 0

5.22.2. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0511/22 - Ergebnisse des Verkehrsversuchs Clara-Zetkin-Straße 0956/22

abgelehnt Ja 4 Nein 35 Enthaltung 0 Befangen 0

5.23. Erweiterung der Anspruchsvoraussetzungen des Erfurter Familienpasses 0512/22
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 12.05.2022 im Jugendhilfeausschuss bestätigt (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Frau Fischer, Fraktion CDU, war dankbar darüber, dass das Anliegen des Jugendhilfeausschusses, in Form eines Prüfauftrages, von der Stadtverwaltung aufgegriffen und in die vorliegende Drucksache umgewandelt wurde. Sie warb daher um Zustimmung der Drucksache.

Herr Mroß, Fraktion SPD und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, erklärte die Wichtigkeit dieser Drucksache für geteiltes Sorgerecht. Er bedankte sich ebenfalls für die Formulierung als Drucksache.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, war ebenfalls dankbar für die Drucksache, welche ihrer Meinung nach eine starke Signalwirkung hat.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache abstimmen ließ.

beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Anspruchsvoraussetzungen für den Familienpass entsprechend Beschlusspunkt 01 des Beschlusses 244/2001 sowie Maßnahmepunkt 3 des Beschlusses zur Drucksache 1760/10 werden wie folgt neu gefasst:

01

Mit Beginn des Jahres 2023 wird jährlich unter folgenden Anspruchsvoraussetzungen ein Familienpass zur Verfügung gestellt:

- Familien mit Kindern bis 17 Jahren, deren Hauptwohnsitz Erfurt ist,
- getrennt lebende Sorgeberechtigte, von denen eine Sorgeberechtigte/ein Sorgeberechtigter den Hauptwohnsitz in Erfurt hat, deren Kinder mit Hauptwohnsitz außerhalb von Erfurt gemeldet sind. Ein Nachweis erfolgt durch Vorlage der Geburtsurkunde, Sorgerechtersklärung oder Vaterschaftsanerkennung.

Der Anspruch gilt nicht für Institutionen/Einrichtungen (z. B. Heime etc.)

5.24. Erhöhung der Flächenanteile von Ökopflaster und wasserdurchlässigen Oberflächen bei Bauplanungen 0575/22
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache am 17.05.2022 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr abgelehnt (Ja 1 Nein 6 Enthaltung 4 Befangen 0) wurde.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erörtere die Vorlage ihrer Fraktion und warb um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache abstimmen ließ.

abgelehnt Ja 6 Nein 14 Enthaltung 10 Befangen 0

5.25. Moderiertes Gespräch zum Nettelbeckufer 0601/22
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
vertagt

5.26. Änderung Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2019 bis 2023 0609/22
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Jugendhilfeausschuss die Drucksache am 12.05.2022 bestätigt (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

Weiterhin informierte er, dass Herr Pfistner von der Fraktion CDU eine Befangenheit zu diesem Tagesordnungspunkt angekündigt hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

Beschluss

In der Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2019 bis 2023 (Beschluss zur Drucksache 0674/19) wird im Abschnitt E "Maßnahmeplanung" folgender Maßnahmepunkt XXIII hinzugefügt:

XXIII

Für das Projekt "SELF – Mein Weg" des Trägers Deutsche Soccer Liga e. V. werden als kommunale Kofinanzierung jährlich 10.000,- EUR zur Verfügung gestellt.

5.27. Prüfauftrag - Erweiterung der Lagermöglichkeiten bzw. neuer Standort für den Verein Erfurter Tafel e.V. 0615/22
Einr.: Fraktion CDU

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 17.05.2022 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, fragte ob die Stellungnahme der Stadtverwaltung vom 04.04.2022 noch aktuell sei. Er begründete die Frage damit, dass das Thema im letzten Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung aufkam, es Gespräche über finanzielle Unterstützung, aber nicht über Lagermöglichkeiten gab. Er warb um Zustimmung der Drucksache für eine schnelle Prüfung.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., war irritiert über die Drucksache, gerade weil im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung dazu bereits Rede und Antwort gestanden wurde. Weiterhin machte sie auf die Stellungnahme der Verwaltung aufmerksam, welche seit dem 31.03.2022 bekannt ist. Sie erinnerte daran, dass der Vertreter des Vereins Erfurter Tafel e. V. sich gegen einen Auszug aus dem Standort der Auenstraße geäußert hat. Eine Sanierung des Gebäudes sei auf Grund der Brandschutzbestimmungen nicht möglich, weshalb sie die Drucksache gern mit der Beteiligung des Vertreters der Vereins in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung oder in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr verweisen lassen möchte.

Herr Kürth, Fraktion SPD, erklärte, dass man trotz Debatte an der heutigen Sitzung über den Prüfauftrag entscheiden könnte.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, war der Meinung, dass sich die Drucksache durch Anfrage und Debatte im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bereits geklärt hat. Die Frage eines Fluchtweges soll in einem Fachausschuss geklärt werden, weswegen ersich ebenfalls für eine Verweisung aussprach.

Herr Pfistner war einverstanden mit einer Verweisung und fragte, in welchen Ausschuss es verwiesen werden müsste? Er wies darauf hin, dass man im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vierteljährlich Informationen über den Stand der Tafel erhält. Weiterhin wies er darauf hin, dass der Vertreter der Tafel die Räumlichkeiten eventuell verlassen müssen, auch wenn er dies nicht möchte.

Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, erklärte, dass es sich bei dem Gebäude um ein städtisches Objekt handelt, an dessen Verkauf die Stadtverwaltung kein Interesse hat. Da im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung regelmäßig Gespräche mit dem Verein stattfinden, wobei u. a. Zuschussfragen beantwortet werden, empfand sie es für sinnvoll die Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zu verweisen zu lassen.

Herr Panse fragte ob die Antragsteller, ob sie mit dem Vorschlag von Frau Hofmann-Domke einverstanden sind, was Frau Stange und Herr Robeck durch ein Nicken bestätigten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab lies Herr Panse über den Antrag auf Verweisung der Drucksache 0615/22 in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, mit Einladung der Tafel, abstimmen.

Verwiesen in Ausschuss Ja 36 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

5.28. Wahl zum Mitglied des Seniorenbeirats 0638/22
Einr.: Fraktion AfD

Siehe Tagesordnungspunkt 5.17.
abgelehnt

5.29. Wahl des dritten Stellvertreters des Vorsitzenden des 0639/22
Erfurter Stadtrates
Einr.: Fraktion AfD

Siehe Tagesordnungspunkt 5.17.
abgelehnt

5.30. Onlinekampagne Zivilcourage und Antidiskriminierung 0653/22
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Siehe Tagesordnungspunkt 5.1.
zurückgezogen

5.31. Mitglied Seniorenbeirat Fraktion Mehrwertstadt
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

0758/22

Siehe Tagesordnungspunkt 5.17.

gewählt

Beschluss

In den Seniorenbeirat wird für die Fraktion Mehrwertstadt Erfurt Frau Sirian Klemola gewählt.

5.32. Entwicklung der Parkplatzkapazitäten im Gebiet der "Er-
furter Seen"
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.;
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN; Fraktion FREIE
WÄHLER / FDP/ PIRATEN

0786/22

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass die Drucksache am 17.05.2022 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr mit Änderungen bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0) wurde, in mündlich geänderter Fassung der Stellungnahme der Verwaltung. Entsprechend war die Beschlussvorlage wie folgt:

01

[entspr. Drucksache]

02

Vorrangig ist im Bereich des Alperstedter See bzw. der Alperstedter Straße eine Konzeption für die Erweiterung der Parkplatzkapazität dem Stadtrat bzw. dem zuständigen Fachausschuss ~~im 1. Halbjahr 2022~~ **Ende 2. Halbjahr 2022** vorzulegen.

03 [entspr. Stellungnahme der Verwaltung]

~~Der Fahrplan der Buslinie 132 Grubenstraße - Alperstedt ist in den Sommermonaten bedarfsgerecht anzupassen und dem Stadtrat bzw. den zuständigen Fachausschuss vorab vorzulegen.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt gemeinsam mit den weiteren Aufgabenträgern zu prüfen, wie der Fahrplan der Buslinie 132 Grubenstraße - Alperstedt in den Sommermonaten bedarfsgerecht anzupassen ist und welche Kosten mit einer solchen Anpassung zu erwarten sind. Die Ergebnisse der Prüfung sind gemeinsam mit der Fortschreibung des REK dem Stadtrat bzw. den zuständigen Fachausschuss vorzulegen

04 [entspr. Drucksache]

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Rahmen der Fortschreibung des Regionalen Entwicklungskonzepts „Erfurter Seen“ im Entwicklungsgebiet eine Parkplatzkonzeption mit den zuständigen Baulastträgern zu erarbeiten.

02

Vorrangig ist im Bereich des Alperstedter See bzw. der Alperstedter Straße eine Konzeption für die Erweiterung der Parkplatzkapazität dem Stadtrat bzw. dem zuständigen Fachausschuss-Ende des 2. Halbjahres 2022 vorzulegen.

03

Die Stadtverwaltung wird beauftragt gemeinsam mit den weiteren Aufgabenträgern zu prüfen, wie der Fahrplan der Buslinie 132 Grubenstraße - Alperstedt in den Sommermonaten bedarfsgerecht anzupassen ist und welche Kosten mit einer solchen Anpassung zu erwarten sind. Die Ergebnisse der Prüfung sind gemeinsam mit der Fortschreibung des REK dem Stadtrat bzw. den zuständigen Fachausschuss vorzulegen

04

Die Stadtverwaltung prüft zudem an welchen ausbesserungsbedürftigen Stellen die Radroute aus Richtung Erfurt zum Alperstädter See zu erneuern und auf einen modernen Stand zu bringen ist und in diesem Zusammenhang die Zuständigkeiten der Anliegergemeinden und eine kooperative Ausbesserung der Radroute mit diesen Anliegergemeinden. Weiterhin soll geprüft und dem entsprechenden Fachausschuss vorgelegt werden, wie die durchgängige touristische Ausschilderung der Route verbessert werden kann.

- 5.33. Prüfauftrag - frühzeitige Bekanntmachung der Sperrung 0787/22
 der Gutenbergstraße und Änderung der Umleitungen für
 diesen Bereich
 Einr.: Fraktion CDU; Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE.;
 Fraktion FREIE WÄHLER / FDP/ PIRATEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
vertagt

- 5.34. Abberufung und Berufung sachkundiger/-e Bürger/-in im 0795/22
 Ausschuss für Bildung und Kultur
 Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Drucksache am 31.05.2022 im Hauptausschuss bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Als sachkundiger Bürger der Fraktion Freie Wähler / FDP / PIRATEN im Ausschuss für Bildung und Kultur wird Herr Frederic Schultz abberufen.

02

Als sachkundige Bürgerin der Fraktion Freie Wähler / FDP / PIRATEN im Ausschuss für Bildung und Kultur wird Frau Undine Herr berufen.

5.35. Unterstützung des offenen Briefs des Jugendhilfeausschusses an den Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport 0844/22
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Stadtratsmitgliedern vorlag.

Herr Mroß, Mitglied der Fraktion SPD und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, erläuterte die Drucksache und den offenen Brief, welche durch den Jugendhilfeausschuss zustande kamen und bedankte sich bei allen Beteiligten. Auf Grund einer Pressemeldung zu einer Zwischenlösung für das Jahr 2022 überlegte er die Drucksache zurückzuziehen, entschied sich nach Rückmeldungen aus dem Jugendhilfeausschuss dagegen. Laut der Pressemeldung wird die Landesregierung aus übriggebliebenen Mitteln 1,8 Mio. EUR mehr investieren, sodass man auf einen früheren Stand, wie vor der Kürzung, kommen würde. Da dies aber weder in Form einer offiziellen Antwort aus dem Ministerium, noch ein geltender Bescheid vorlag und auch nur das Jahr 2022 absichern würde, entschied er sich gegen die Zurückziehung der Drucksache. Die Drucksache wird benötigt um ein klares Zeichen gegen die Kürzung der örtlichen Jugendförderung durch das Land zu setzen. Abschließend warb er Zustimmung der Drucksache.

Frau Fischer, Fraktion CDU, schloss sich der Ausführung von Herrn Mroß an. Weiterhin kritisierte sie die Rot-Rot-Grüne Landesregierung, dass diese es erst zu einer globalen Minderausgabe hat kommen lassen, auch wenn sie nun bei der Einsparung an der Jugendförderung wieder entgegenwirkt.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, konterte, dass die Rot-Rot-Grüne Landesregierung die Mittel überhaupt erst aufgestockt hatte. Dass das Ministerium nach Bekanntgabe der globalen Minderausgabe sich genötigt sah bei der Jugendförderung Einsparungen vorzunehmen, schockte sie ebenfalls. Die Landesregierung sei froh aus dem Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" die Mittel der örtlichen Jugendförderung wieder aufstocken zu können. Einen solchen Zwischenfall darf im nächsten Jahr nicht wieder passieren, genauso wie eine globale Minderausgabe.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., stellte richtig, dass die 330 Mio. EUR globale Minderausgaben in dem Haushalt durch die Fraktion CDU im Landtag aufgenommen werden musste. Diese Einsparungen wurden festgeschrieben und müssen entsprechend wirksam werden, weswegen Investitionen nicht getätigt werden können und folglich noch mehr Geld liegen bleiben wird. Erkündigte an, dass seine Fraktion den Brief, den er befürwortete, zustimmen wird.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass Herr Panse über die Drucksache 0844/22 abstimmen lies.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat unterstützt die im offenen Brief (Anlage) formulierten Forderungen des Jugendhilfeausschusses, dass es in Folge der globalen Minderausgabe keine Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe geben darf. Neben dem Stadtrat wird auch die Verwaltung um Unterstützung zur Verhinderung der Kürzungen der Landesmittel aktiv gebeten.

Der Stadtrat bekennt sich zu der gesellschaftlichen Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe und wird sich für die Sicherung und Aufrechterhaltung der am Bedarf ausgerichteten Mittel einsetzen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 13 beigelegt.)

6. Informationen

6.1. Wohnungsbedarfsprognose der Stadt Erfurt 2040 0158/22 Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 10.05.2022 zur Kenntnis genommen hat.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, erklärte, dass seine Fraktion die Wohnungsbedarfsprognose bei Entscheidungen über Stadtentwicklungsthemen, neben dem Sozialstrukturatlas, der Nachhaltigkeitsstrategie und dem ISEK, einbeziehen wird. Er stellte exemplarisch für das Erfurter Kreuz, mit nachfolgenden Fragen auf Seite 29, den Ansatz, wie die Nachfragesituation aussieht:

- Wie viele Wohnungen werden durch die Mitarbeiter im Erfurter Kreuz in Erfurt zusätzlich nachgefragt?
- Welche Art von Wohnungen wird zusätzlich nachgefragt?
- Wann und wo wird dieser Wohnraum nachgefragt?

in Frage. Seiner Meinung nach sollte nicht die Strategie verfolgt werden, dass immer alles verfügbar sein muss, sondern dass es von der Nachfrage abhängig ist.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, hielt die Ansicht von Herrn Perdelwitz für nicht zeitgemäß.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, erläuterte, dass die Wohnungsbedarfsprognose widerspiegelt, dass jedes Jahr 80 Familien von Erfurt auf Grund fehlenden Wohnraumbauangebots in das Umland wegziehen. Es folgt eine Bodenversiegelung durch die Einfamilienhäuser, die sie dort errichten werden und zusätzlich Pendeln diese Familien dann auf Arbeit. Wenn man dies verhindern möchte, muss man Angebote für Wohnraum schaffen. Für seine Fraktion sei klar, dass man zukünftige in der Landeshauptstadt mehr Einfamilienhäuser günstig bauen muss, damit junge Familien bleiben und nicht wegziehen.

Herr Perdelwitz konterte, dass er sich in seiner Rede nicht auf Ein- oder Mehrfamilienhäuser bezogen hat.

Herr Dr. Knoblich, Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung, kündigte an, dass man zukünftig noch viel über die Wohnungsbedarfsprognose diskutieren werden muss und Ergebnisse bekommen wird. Ihm selbst gefiel die Methode gut. Zur Zukunft des Erfurter Kreuzes merkte er an, dass man an einem Siedlungsflächenentwicklungskonzept dran sei und dieses zu gegebener Zeit aufrufen wird.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse den Tagesordnungspunkt schloss.

zur Kenntnis genommen

6.2. Zuständigkeitsverteilung Oberbürgermeister/ Stadtrat 0602/22 Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 31.05.2022 zur Kenntnis genommen hat.

Das Schreiben der Leiterin Bereich OB vom 01.06.2022 zu den Nachfragen aus der Hauptausschusssitzung lag den Fraktionen und dem fraktionslosen Stadtratsmitglied vor.

Da es keine Wortmeldungen gab, schloss Herr Panse den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

6.3. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen keine vor, weshalb der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss und zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit die Sitzung unterbrach.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer